



Übersicht über die Vorschläge und Ergebnisse der Beratungen in den verschiedenen Gremien

Hier können Sie eine kurze Erläuterung zu den einzelnen Vorschlägen sehen, ergänzt mit den Anmerkungen aus der Verwaltung und den jeweiligen Empfehlungen des Fachausschusses.

Lfd. Nr.	Vorschlag-Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr									
1	103, 167	Konsequenter ordnungsbehördl. Maßnahmen	Konsequenter Durchsetzung ordnungsbehördlicher Maßnahmen bei Verstößen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung			Eine Herangehensweise an die komplexe Thematik der Sicherheit und Ordnung wird im HA inhaltlich diskutiert. Die Fraktionsvorsitzenden werden in die Verwaltung zu einer Diskussion eingeladen. ¹ Abstimmungsergebnis: 6/2/0 Bei der Frage der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geht es darum, wie wir in unserer Gemeinde zusammen leben und miteinander umgehen wollen. Es ist daher nicht damit getan, weitere Stellen in der Verwaltung einzuplanen. Es soll besprochen werden, wie und wo wir mehr Sicherheit und Ordnung durchsetzen wollen und wie wir unser Ziel erreichen. siehe hierzu auch die lfd. Nr. 13 – 15, 17	HA	Einladung zur Diskussion in der Verwaltung, der Hauptausschuss wird dazu nochmals öffentlich tagen	29
2	21,33,36	Verkehrsberuhigung in Mahlow Waldblick	Mahlow Waldblick soll verkehrsberuhigt werden Einengung der Kepplerstraße vor der Einmündung in die Hans-Thoma Straße zur Verkehrsberuhigung Die Straße soll zur Spielstraße verkehrsberuhigt werden		Wird im Rahmen der Entwicklung Mahlow-Nord (Steuerungsgruppe Mahlow-Nord, AG Mahlow-Nord, BUTA) bereits seit etwa 2 Jahren behandelt. Der letzte Termin für die AG Nord war am 18.01.2012. Hier sind auch die lfd. Nr. 3 und 6 zu berücksichtigen.	Dieses Thema wird im Rahmen der Entwicklung Mahlow-Nord (Steuerungsgruppe Mahlow-Nord, AG Mahlow-Nord, BUTA) bereits seit etwa 2 Jahren behandelt. Der letzte Termin für die AG Nord war am 18.01.2012. Hier sind auch die lfd. Nr. 3 und 6 zu berücksichtigen.	BUTA		19
3	93	Entfernung Hindernisse zur Verkehrsberuhigung Berliner Str., Arcostr.	Entfernung Hindernisse zur Verkehrsberuhigung Berliner Str., Arcostr.		Siehe Anmerkungen zu lfd. Nr. 2	Wird im Rahmen der Entwicklung Mahlow-Nord (Steuerungsgruppe Mahlow-Nord, AG Mahlow-Nord, BUTA) bereits behandelt.	BUTA		39
4	77	Verkehrssicherung Berliner Straße im Bereich Bodelschwingstraße	Verkehrssicherung Berliner Straße/Trebbiner Straße im Bereich Bodelschwingstraße		Antrag Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) und Ampel wurde im November 2010 durch Straßenverkehrsamt abgelehnt	Alle verkehrsrelevanten Vorschläge werden im BUTA priorisiert und dann in jeder Sitzung des BUTA entsprechend dieser Priorisierung nach und nach abgearbeitet. siehe auch die Vorschläge Nr. 5,8,9, 65	BUTA		48
5	124	Schaffung Einbahnstraße Heckenrosenstraße	Die Heckenrosenstraße soll Einbahnstraße werden.			siehe auch Nr. 4	BUTA		17
6	22	Verkehrsberuhigung im Roten Dudel	Die Ziethener Straße soll verkehrsberuhigt werden		Siehe Anmerkungen zu lfd. Nr. 2	siehe Nr. 2	BUTA		5
7	129	Erich-Klausener-Straße/Brandenburger Platz	Markierung für Radfahrer und Vorfahrt anbringen			Wird im Rahmen B21 entschieden.	BUTA		124
8	143	Beseitigung von Regenrinnen an Straßenrändern	Beseitigung von Regenrinnen an Straßenrändern zwischen Asphalt und Bordsteinkante im Bereich Zentrum Blankenfelde			siehe auch Nr. 4	BUTA		18
9	128	Änderung Vorfahrtregelung Kreisverkehr in Blankenfelde	Die Fußgänger sollten im Kreisverkehr „Vorfahrt“ haben			siehe auch Nr. 4	BUTA		2
10	8	mehr Geschwindigkeitskontrollen	Es sollen mehr Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden und ggf. ein Kontrollgerät angeschafft werden.		In Zuständigkeit des Landkreises	Die Verwaltung wird gebeten, die Kosten für die Anschaffung eines Gerätes und die Bedingungen zu ermitteln. ¹	HA	Anhand der Kalkulationen aus dem Jahr 2004 wurden die Kosten (Anschaffung Geräte, Pkw, Personal) abgewogen	21

¹ HA – Sitzung am 15.09.2011
² BUTA – Sitzung am 29.09.2011
³ SuK – Sitzung am 19.09.2011
⁴ BJSp – Sitzung am 06.09.2011
⁵ BJSp – Sitzung am 27.09.2011
⁶ FWA – Sitzung am 14.09.2011

Lfd. Nr	Vor-schlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Aus-wirkung in €/pol. Entsch-ei-dung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zustän-diger Fach-aus-schuss	Weitere Anmerkungen	Pun-kte
								und für zu hoch empfunden, Kooperation mit Nachbargemeinden wurde von diesen abgelehnt	
11	139	Halteverbot in Breitscheidstraße in Dahlewitz	Einrichtung Halteverbot einseitig			siehe auch Nr. 4	BUTA		2
		Sauberkeit							
12	37	Flaschencontainer bei REWE in Mahlow	Zusätzlichen Flaschencontainer bei REWE in Mahlow aufstellen		Der SBAZV würde (gerne) weitere Container im Gemeindegebiet aufstellen, allerdings wurden schon einige Standorte (z.B. K.-Liebknecht-Str. in Blankenfelde am GZB) durch Gemeindevertreter/ Ortsbeiräte abgelehnt. Unabhängig davon überprüfen wir die Situation um den REWE-Standort und nehmen mit REWE Kontakt auf.	Die Verwaltung soll den SWAZV auffordern mehr Flaschencontainer aufzustellen. ¹	BUTA		5
13	38	Mehr Abfalleimer und Hundetoiletten	Es sollen mehr Abfalleimer und Hundetoiletten aufgestellt werden.		Im Haushaltsplan vorgesehen	wie lfd. Nr. 1 ¹	HA		76
14	39	Stärkere Hundehalterkontrollen	Stärkere Hundehalterkontrollen			wie lfd. Nr. 1 ¹	HA		67
15	145,51, 133, 17,18	Stärkere Kontrollen und Beseitigung von Müll	Stärkere Kontrollen und Beseitigung von Müll im gesamten Gemeindegebiet Säuberung der Wälder von Glas für Brandschutz Säuberung Wäldchen im Bereich Total Tankstelle Regelmäßige Reinigung der Bahnhofsvorplätze Beseitigung von Zigarettenkippen vor der Schule durch die Schüler			wie lfd. Nr. 1 ¹	HA		25
16	96	Entfernung Müllkippe Glasowbach	Entfernung der Müllkippe im Naturschutzgebiet Glasowbach Niederung		Die Müllkippe ist allen Beteiligten bekannt; ebenso ist die wiederholte Forderung der Gemeinde bekannt, die Müllkippe zu entfernen. Die Zuständigkeit für diese Müllkippe liegt bei der Kreisverwaltung.	Die Verwaltung soll die Bahn anschreiben und auffordern die Müllkippe zu entfernen. Information an die Untere Naturschutzbehörde. ¹	HA		15
17	146	Vandalismus einschränken	Maßnahmen gegen Vandalismus z.B. Kameraüberwachung			wie lfd. Nr. 1 ¹	HA		24
18	90	Ausweitung des Winterdienstes durch die Gemeinde	Die Gemeinde soll weitere Straßen in ihren Winterdienst übernehmen.			Die bereits ermittelten Kosten für den Winterdienst werden auf der Grundlage der Zahlen der letzten Winter noch einmal aktualisiert. Im FWA sollen in der Sitzung im Mai 2012 die hier aufgeworfenen Fragen beraten und diskutiert werden. siehe auch Nr. 45	HA	- Es soll geklärt werden, ob eine 100%ige Umlegung der Kosten auf die Anwohner möglich ist (bei Durchführung des Winterdienstes im Auftrag der Gemeinde in Abstimmung mit den Anwohnern). - Es wird ein Durchführungspapier durch den Hauptausschuss erarbeitet werden. - Eine Lösung für den Winter 2011/12 ist zeitlich	46

¹ HA – Sitzung am 15.09.2011
² BUTA – Sitzung am 29.09.2011
³ SuK – Sitzung am 19.09.2011
⁴ BJSp – Sitzung am 06.09.2011
⁵ BJSp – Sitzung am 27.09.2011
⁶ FWA – Sitzung am 14.09.2011

Lfd. Nr	Vor-schlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Aus-wirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zustän-diger Fach-aus-schuss	Weitere Anmerkungen	Pun-kte
								<p>nicht realisierbar.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es wird deutlich gemacht, dass sich die Kosten bei Übernahme aller Straßen verdoppeln würden und dass es sich hier lediglich um die Straßenreinigung und Winterdienst handelt. Die Bürgersteige wären hier nach wie vor nicht erfasst. - Die Verwaltung soll die Kosten je laufender Meter/Straßenkilometer ermitteln. 	
		Vereinsförderung			Erläuterung für Sitzung ⁴				
19	3,59, 60,61,	stärkere Förderung der Vereine	Der Regenbogenverein soll durch die Gemeinde stärker unterstützt werden. Förderung stärker für Radsportverein Blankenfelde Mehr Vereinsförderung durch die Gemeinde Stärkere Unterstützung des Kulturvereins und des Heimatmuseums		<p>Musikschulförderung (3) Musikschule wird durch die Gemeinde als kulturpädagogische Einrichtung kofinanziert</p> <ul style="list-style-type: none"> • keine Förderung als Verein • Vereinbarung zur dauerhaften kontinuierlichen Förderung in Arbeit – Empfehlung aus Haushaltskonsolidierung sberatung – BSV zur Stellungnahme für BJSP-Sitzung Ende September 2011 	Es gibt bereits eine intensive Förderung: Raumnutzung, Sportstätten 25T€ an Vereine pro Jahr aufgrund VereinsförderRL, in der Kinder und Behinderte gesondert unterstützt werden, es gibt außerdem eine Förderung für Senioren; Förderung von Kulturverein i.H.v. 7.T€ erfolgt bereits im Jahr, darin enthalten sind auch Personalkosten. ³	BJSp	<p>Die Regenbogen Musikschule wird als kulturpädagogische Einrichtung und nicht als Verein bereits intensiv gefördert, die Vereinbarung über die Unterstützung ist derzeit in Arbeit und kann im Dezember 2011 beschlossen werden.</p> <p>Die Gemeindevertretung verweist hinsichtlich der Vereinsförderung allgemein auch auf die bereits vorliegenden Förderungen: 25.000,00 € finanzielle Unterstützung, Hallen und Raumnutzung.</p>	141
20	58	Vereinsförderung beschränken	Vereinsförderung soll beschränkt werden auf Vereine, die mit Behinderten und Kindern arbeiten bzw. Hospizarbeit leisten			Behinderte und Kinder werden in der Vereinsf.RL bereits besonders unterstützt ³	BJSp		1
						Vereinsförderung wird novelliert ⁴			
21	142	Vereinsförderung gleichmäßiger	Gleichmäßigere Förderung von Vereinen			Entsprechend der VereinsförderRL werden die Gelder gleichmäßig je nach Mitgliederzahl vergeben, die Förderung durch die Nutzung der Sportstätten erfolgt entsprechend dem Bedarf der Vereine, der durch die Sportart entsteht. ³	BJSp		20
		Freizeiteinrichtungen/ -angebote							
22	62	Kunstrasenplatz Dahlewitz	Kunstrasenplatz Dahlewitz		Am 26.04.2007 wurde durch die GV ein Beschluss zur Entwicklung der Sportstätten in der Gemeinde mit folgendem Inhalt gefasst: Sportanlage Triftstraße – Entwicklung zum Zentrum für Fußball (Anbau Vereinshaus, Errichtung zweiter Kunstrasenplatz) Sportanlage Gershwinstraße - kein weiterer Ausbau (Freigabe als Bolzplatz nach Fertigstellung des zweiten Kunstrasenplatzes in der Triftstraße Sportanlage Beethovenstraße – Beplanung des Gesamtgeländes mit alter Feuerwehr und Pacht-	Der Ausschuss befürwortet im Finanzplan ab 2015 den Bau eines Kunstrasenplatzes vorzusehen, empfiehlt jedoch im Rahmen der Weiteren Diskussionen dazu die Evaluation des Sportstättenkonzeptes. In diesem Zusammenhang soll geklärt werden, wann und an welchem Standort der Bau eines weiteren Kunstrasenplatzes erforderlich ist.	BJSp	Das Sportstättenkonzept wird Anfang 2012 im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport evaluiert, dabei wird auch der Kunstrasenplatz in Dahlewitz Thema sein.	239 0
						Abstimmungsergebnis: 8/0/0 -> einstimmig zugestimmt ⁴			

Lfd. Nr	Vorschlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
					gelände Tennisclub und Errichtung eines Stadions Sportanlage Rangsdorfer Weg. Herrichtung Niveauausgleich Trainingsplatz, Erhaltung der Anlage jedoch keine Erweiterung (24/0/1)				
23	30	Seebad Mahlow kostenfrei	Zugang zum Seebad Mahlow soll kostenfrei gewährleistet werden, keine Verpachtung		Teilfläche im Bereich des Hauses = Privateigentum, Freibereich mit kostenlosem Pachtvertrag, jedoch dafür Sauberhaltung/ Mahd usw. als Leistung von Fr. Kühl	Abstimmungsergebnis: 0/6/0 -einstimmig abgelehnt Der Eintrittspreis ist moderat und dient einzig und allein dem Ausgleich der für die Sanitäranlagen und die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung anfallenden Kosten. ⁶	FWA	Die Eintrittspreise sind moderat und dienen ausschließlich der Unterhaltung des Geländes und des allgemein genutzten Bereichs (Toiletten). Eine Übernahme seitens der Gemeinde wird angesichts der moderaten Preise nicht für erforderlich erachtet.	19
24	5	Schwimmhalle bauen	Es soll eine Schwimmhalle gebaut werden.			Der Ausschuss bittet darum, bei der Gemeinde Schönefeld zu recherchieren, welche Kosten entstanden sind und wie die Schwimmhalle finanziert wird. Investitionskosten der Schwimmhalle ca. 7 Mio. Euro. Die Gemeinde Schönefeld hat 500.000 Euro als Zuschussbetrag für die Schwimmhalle im HH 2011 eingestellt- es liegen noch keine Rechenergebnisse vor. Weiterhin bittet der Ausschuss den HA und FHA über die Möglichkeit zu diskutieren, einen Shuttleverkehr nach Schönefeld zu errichten als Ausgleichsmaßnahme der FBS. Unbeachtet der finanziellen Aspekte empfiehlt der Ausschuss die Aufnahme der finanziellen Mittel im Haushalt bis 2015 (aus rein fachlicher Sicht). Abstimmungsergebnis: 6/0/2 -> einstimmig zugestimmt ⁴	BJSp	Es wird darüber abgestimmt, ob zum jetzigen Zeitpunkt Geld für eine Schwimmhalle in den Haushalt eingestellt werden soll: Abstimmungsergebnis: 1/19/1-> mehrheitlich abgelehnt	181
25	47	Naturbadeteich schaffen	Es soll ein überdachter Naturbadeteich geschaffen werden.			Vergleichsdaten sollen im Gegensatz zum Bau einer Schwimmhalle berücksichtigt werden. Abstimmungsergebnis: 4/4/0 -> mehrheitlich abgelehnt ⁴	BJSp		35
26	63	Errichtung eines Beach-Volleyball-Feldes	Beach-Volleyball-Feld auf dem Gelände Beethovenstraße in Mahlow schaffen		Volleyballplatz ist in der Beethovenstraße vorhanden	Der Ausschuss spricht sich dafür aus, gegebenenfalls den eingezäumten Bereich gegenüber dem Bolzplatz Beethovenstraße dafür zu nutzen. Abgleich mit Spielleitplanung ist erforderlich. In der Gemeinde sind Beach-Volleyball-Plätze vorhanden, ein weiterer Bedarf ist zu ermitteln. Realisierung für 2012 ist einzuplanen. Abstimmungsergebnis: 8/0/0 -> einstimmig zugestimmt ⁴	BJSp	Die Finanzierung des Projektes könnte aus den laufenden Geldern für die Grünflächenpflege möglich sein. Es wird darüber abgestimmt, ob zum jetzigen Zeitpunkt Geld für die Errichtung eines Beach-Volleyball-Feldes eingestellt werden soll: Abstimmungsergebnis: 3/16/1-> mehrheitlich abgelehnt	13
27	4	Spielplätze, Abenteuerspielplatz und Treffpunkte	Es sollen mehr Spielplätze und Treffpunkte geschaffen werden.		Spielleitplanung ????	Der Ausschuss verweist auf die Spielleitplanung, welche überarbeitet werden soll. Im Haushalt sollen ab 2012 25.000,00 € für die Realisierung der Spielleitplanung jährlich aufgenommen werden. Abstimmungsergebnis: 7/1/0 -> mehrheitlich zugestimmt ⁴	BJSp	Entscheidung, ob extra für die Umsetzung der Spielleitplanung die benannte Summe in Höhe von 25.000,00 € jährlich eingeplant werden soll, um das Projekte umsetzen zu können, wird zur Abstimmung gestellt. Es wird darüber abgestimmt, ob zum jetzigen Zeitpunkt Geld für Projekte der Spielleitplanung eingestellt	47

Lfd. Nr	Vorschlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
								werden soll: Abstimmungsergebnis: 11/9/0 -> mehrheitlich zugestimmt	
28	6	Ruhebänke im öffentlichen Raum	Es sollen mehr Ruhebänke im öffentlichen Raum geschaffen werden.			Wir verweisen auf die Eigeninitiative der Ortsgruppen der Volkssolidarität zu der jederzeit Kontakt aufgenommen werden kann. Die Initiative wurde durch die Gemeinde unterstützt. Allein in den letzten Jahren wurden viele Bänke aufgestellt (Mahlow 15). Es wird versucht, diese über Sponsoren zu finanzieren. ³	SuK		31
29	95	Wasserwandern auf dem Glasowbach	Nutzbarmachung des Glasowbaches für Wasserwanderung (Kanu)		Widerspricht Naturschutz (FFH-Gebiet)	Verboten, da es sich um ein Naturschutzgebiet (FFH-Gebiet) handelt ² Da dieser Vorschlag dem Naturschutz (FFH-Gebiet) widerspricht, wird er vom Ausschuss nicht befürwortet. Abstimmungsergebnis zum Vorschlag: 0/7/0 -> einstimmig abgelehnt ⁴	BJSp		8
30	65	Musik- bzw. Sportveranstaltung auf dem Natursportpark	Es sollen wieder mindestens zwei Großveranstaltungen auf dem Natursportpark geschaffen werden.		Betreiber ist nicht die Gemeinde	Der Natursportpark gehört nicht der Gemeinde sondern dem Landschaftspflegeverein. Es findet dort das Gemeindefest statt. Im Jahr 2011 fand das „Blankenfelde Open Air“ statt, welches auch im nächsten Jahr wieder durchgeführt werden soll. ³ Die Gemeinde ist für die Anlage nicht zuständig, da sie nicht der Betreiber ist. Die Veranstaltungen sind Sache der Vereine. Das Engagement der Vereine wird bereits unterstützt. Abstimmungsergebnis: 0/7/0 -> einstimmig abgelehnt ⁴	BJSp, SuK		12
31	82	Gartenfestwoche	Jährliche Gartenfestwoche mit offenen Gärten, Musik und Pflanzenverkauf			Die Idee wird vom Ausschuss als positive Idee aufgenommen. Er bittet die Ortsbeiräte die Idee zu diskutieren. Der Gartentag soll jedoch erst einmal mit geringem Aufwand organisiert werden (evtl. Tag der offenen Gärten in Brandenburg nutzen). ³	OB Mahlow	Ortsbeirat Mahlow: Die Mitglieder des Ortsbeirates stehen dem Vorschlag offen gegenüber. Mit der Vorbereitung und Durchführung der 725 Jahrfeier u.a. mit der Initiative „Mahlow zieht sein Festkleid an“ (Wettbewerb um den schönsten Garten bzw. Balkon) sind Eckpunkte für die Organisation eines Gartenfesttages gegeben. Es wurde bereits u.a. mit den 10 bestehenden Gartenanlagen im Ortsteil Mahlow Kontakt aufgenommen. Daraus kann etwas Weitergehendes entwickelt werden. Die Mitglieder des Ortsbeirates setzen sich für die Durchführung in 2013 ein.	9
32	114	Weihnachtsmarkt	Weihnachtsmarkt ähnlich dem Straßenfest in Mahlow anbieten			Es gibt bereits einen Weihnachtsmarkt am dritten Advent auf dem Bahnhofsvorplatz in Mahlow. Der Ortsbeirat Mahlow hat sich dazu verständigt, das Konzept so beizubehalten. ³	SuK		25
Bauinvestitionen									
33	25	Einrichtung weiterführende Schule	weiterführende Schule durch die Hoffbauerstiftung im Norden der Gemeinde ermöglichen		Träger ist nicht die Gemeinde Schülerzahlen in Mahlow sind konstant Schulentwicklungsplanung ist Aufgabe der Landkreise – Gemeinde hatte bereits vor einiger Zeit Kontakt mit	Die Gemeinde hat bereits die Errichtung einer weiterführenden Schule durch die Hoffbauer gGmbH unterstützt. Der Träger hat jedoch aufgrund gekürzter finanzieller Mittel durch das Land die Errichtung abgelehnt. ⁴	BJSp		136

Lfd. Nr.	Vorschlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
					der Hoffbauerstiftung zu diesem Thema – Ablehnung wegen Reduzierung der Finanzmittel für Schulen in freier Trägerschaft				
34	98	Parkhausgestaltung	Parkhaus von außen streichen und Treppen rutschsicher machen			Wird im Rahmen B21 entschieden.	BUTA	Die Treppenhäuser wurden nach dem letzten Winter rutschsicherer gestaltet. Der offene Beton ohne Anstrich gehört zur architektonischen Gestaltung des Parkhauses, die so geplant und gewollt war.	10
35	9	Verzicht auf Rathausneubau	Es soll kein neues Rathaus gebaut werden.			Die Gemeindevertretung wird zu dieser Frage zeitnah eine Entscheidung treffen. ¹	HA		105
36	10	Befürwortung Rathausneubau	Es soll ein Rathaus gebaut werden, hier soll auch die Bibliothek integriert werden.			siehe Nr. 35	HA		33
37	29	Kein Rathausneubau auf Kredit	Das Rathaus soll nicht kreditfinanziert werden, Bau erst, wenn Gemeinde schuldenfrei und Investition möglich ist		Entsprechend der Haushaltsplanung bis 2014 ist keine Kreditaufnahme im Haushalt vorgesehen.	siehe Nr. 35	HA		76
38	46	Schallschutz zur Autobahn	In Jühnsdorf und für den Jühnsdorfer Weg soll Schallschutz zur Autobahn geschaffen werden.			Die Gemeinde wird dieses Thema bei den relevanten Stellen (Autobahn Bundesamt) immer wieder ansprechen und Schallschutz einfordern.	BUTA		13
		Einnahmen/Steuern Gemeinde							
39	127	Einführung Hotel- und Bettensteuer	Einführung Hotel- und Bettensteuer		Nach Aussage StGB wird „Bettensteuer“ bisher von keiner brandenburger Kommune erhoben. In anderen Bundesländern wird sie als „Kulturförderabgabe“ als örtliche Steuer erhoben. Da die Steuer noch sehr neu ist (bisher nur wenige große Städte), gibt es noch keine einheitliche Rechtsprechung. Die Erhebung einer „Bettensteuer“ ist daher noch mit großen Rechtsunsicherheiten verbunden. Ein Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht ist erst seit kurzem anhängig (betr. Stadt Koblenz). In München erlangte die Satzung keine Rechtskraft. In Köln, Erfurt, Gera u.a. Städten wird sie schon erhoben, obwohl Verfahren anhängig sind. Erhebungsaufwand muss untersucht werden. Rechtsprechung sollte im Auge behalten werden.	Grundsätzlich wohlwollende Zurkenntnisnahme, aber derzeit gerade ein Prozess mit genau dieser Frage in Gange. Dessen Ausgang soll abgewartet werden. Dann sollte man darauf zurückkommen und erneut beraten werden ⁶	FWA		4
40	79	Erhebung Katzensteuer	Erhebung Katzensteuer		Bundesweit wird bisher keine Katzensteuer erhoben, die Erhebung einer Katzensteuer ist allerdings wahrscheinlich rechtlich möglich.	Abstimmungsergebnis: 0/6/0 -einstimmig abgelehnt Katzen sind nicht wie Hunde stringent einem Eigentümer zuordenbar. Es ergäben sich aus dieser „Unabhängigkeit“	FWA		7

¹ HA – Sitzung am 15.09.2011
² BUTA – Sitzung am 29.09.2011
³ SuK – Sitzung am 19.09.2011
⁴ BJSp – Sitzung am 06.09.2011
⁵ BJSp – Sitzung am 27.09.2011
⁶ FWA – Sitzung am 14.09.2011

Lfd. Nr	Vor-schlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Aus-wirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zustän-diger Fach-aus-schuss	Weitere Anmerkungen	Pun-kte
					aber: Frei lebende Katzen sind meistens keinem Halter eindeutig zuzuordnen. Viele Katzen werden auch hinter verschlossenen Türen in der Wohnung gehalten. Besteuerungstatbestand wäre daher nicht/nur schwer nachprüfbar. → Der Ertrag würde in keinem Verhältnis zum anfallenden (Überprüfungs-) Aufwand stehen.	kaum zu überwindende organisatorische Schwierigkeiten bei der Steuerfestsetzung. ⁶			
41	118	Erhöhung Gewerbesteuer	Erhöhung Gewerbesteuer		Die Gewerbesteuerhebesätze sind seit Anfang der 90-er Jahre konstant und sind daher für bereits angesiedelte Gewerbetreibende und auch Neuansiedlungen eine verlässliche Größe . Der aktuelle Hebesatz von 350 % entspricht bereits jetzt dem gewogene Durchschnittshebesatz 2010 vergleichbar großer Brandenburger Kommunen (20-50 T EW) in Höhe von 351 %. Der <u>gewogene Durchschnittshebesatz</u> aller brandenburger Kommunen beträgt sogar nur 309 % . In den meisten direkten Umlandkommunen ist der Gewerbesteuerhebesatz bereits jetzt geringer als in Blankenfelde-Mahlow. In Schönefeld und Zossen beträgt er 200 %, in Großbeeren 295 %. Ludwigsfelde und Rangsdorf haben mit 380% einen etwas höheren Hebesatz.	Abstimmungsergebnis: 0/6/0 -einstimmig abgelehnt Die Gewerbesteuer liegt im Vergleich zu den Nachbargemeinden bereits im oberen Bereich. ⁶	FWA		5
42	14	Finanzausgleich für Dahlewitz	Aufgrund der höheren Abwassergebühren soll ein finanzieller Ausgleich für den OT Dahlewitz geschaffen werden.		In FWA behandelt und Inhalt als Einzelpositionen nochmals enthalten	Abstimmungsergebnis: 0/6/0 -einstimmig abgelehnt Alle Ortsteile der Gemeinde bilden zusammen ein großes Gemeinwesen, innerhalb dessen jeder Ortsteil alles ihm mögliche zum Wohlergehen der Gemeinde beisteuert und so viel wie nötig und möglich entsprechend seiner Bedürfnisse erhält. ⁶	FWA		13
43	15	Reduzierung von Energie für Straßenbeleuchtung	Einsatz von Energiesparlampen im öffentlichen Raum			Über flächendeckende LED Einführung wird diskutiert. Die in 2012 geplanten Beleuchtungsmaßnahmen werden mit LED ausgeführt, um energiesparend zu arbeiten.	BUTA		8
44	16	Energie sparen	Abschalten der Beleuchtung auf Schulhöfen außerhalb der Betriebszeiten			Die Gemeinde ist seit Jahren bestrebt ihren Energieverbrauch zu senken (Heizungsoptimierung in Schulen, Wärmedämmung an Gebäuden, Optimierung der Stromverbräuche durch Bewegungsmelder). Weiterführend dazu ist zu prüfen in welchem Umfang die Beleuchtung der Schulhöfe bei größtmöglicher Eindämmung von Vandalismus in den Nachtstunden	BJSp		54

Lfd. Nr	Vorschlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
						reduziert werden kann. ⁴			
45	24	Auslagerung Winterdienst und Straßenreinigung	Winterdienst und Straßenreinigung sollen an externe Firmen vergeben werden.		In 2009/10 tiefgründige Befassung im FWA, Kauf Unimog's, Evaluierung erfolgt planmäßig in 2012	Nächste Evaluierung erst zum HH 2013/2014 ¹ Verschiebung einer neuen Entscheidung. Evaluierung erfolgt turnusgemäß im Frühjahr 2012 – jetzt: Abstimmungsergebnis: 0/6/0 -einstimmig abgelehnt⁶ siehe auch Nr. 18	HA		3
46	105	Rekommunalisierung der öffentlichen Versorgung	Öffentliche Versorgung und Nahverkehr sollen wieder kommunalisiert werden		Als öffentl. Versorgung ist hier Gas/Strom u. ÖPNV aufzuzählen. Wäre zunächst positiv, wenn die Gemeinde damit Steuern würde u. Ziele erreichen könnte. Eine Rekommunalisierung setzt in jedem Fall eine <u>Übernahme des Vermögens in erheblichem Umfang</u> sowie evtl. <u>Gründungskosten</u> kommunaler Gesellschaften voraus. Hierzu müsste eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vorgenommen werden, was für Gas und Strom in den nächsten Jahren angedacht ist.	Gemeinde ist an der Rekommunalisierung dran und prüft ernsthaft die Möglichkeiten. Zustimmung zur Verfahrensweise: Abstimmungsergebnis: 6/0/0 -einstimmig zugestimmt⁶	HA		11
47	28	Reduzierung Ausgaben Feuerwehr	Drastische Reduzierung der Ausgaben für die Feuerwehren		Die FFW ist sehr gut ausgerüstet; die künftigen Fahrzeuganschaffungen ab 2012 sind jedoch zu hinterfragen.	Mindeststandards sollen geprüft sowie ein interkommunaler Vergleich gezogen werden, ob Kürzungen möglich sind. ⁶	FWA	Die Beratung wird im Finanz- und Wirtschaftsausschuss fortgesetzt. Die Entscheidung wird an den Hauptausschuss übertragen.	5
48	144	Erwerb Stadtrecht	Bemühung um Stadtrecht bis hin zur großen Kreisstadt		Ist im Jahr 2005 schon einmal durch die Gemeindevertretung diskutiert und abgelehnt worden!	Die Gemeindevertretung hat dazu eine Entscheidung getroffen. Dabei soll es bleiben. Die Gemeinde wollte im Jahr 2005 bewusst als ländlicher Wohnort erhalten bleiben. Derzeit sind wir eine der größten Gemeinden. Als Stadt wären wir eine kleine Stadt. Der Status „Stadt“ bringt keinerlei rechtliche oder finanzielle Vorteile.	HA		14
49	48	Verwaltung kommunaler Gebäude durch die WOBAB	Die kommunalen Gebäude sollen durch die WOBAB verwaltet werden.			Auf die Strategie der WOBAB wird verwiesen. Darin wird die Möglichkeit der Verwaltung der kommunalen Grundstücke durch die WOBAB betrachtet, jedoch nicht in näherer Zukunft in Erwägung gezogen.	HA		13
50	64	Verkauf Grundstücke in Dahlewitz	Verkauf gemeindeeigener Grundstücke Straße Nr. 12 in Dahlewitz.			Es wird ein Konzept für den gesamten Bereich Bahnhofschlag erarbeitet. Darin sind auch die Entscheidungen hinsichtlich der Grundstücksangelegenheiten enthalten und werden dann zu treffen sein.	HA		17
51	126	Erhöhung Gebühr Negativzeugnisse	Erhöhung Gebühr Negativzeugnisse		Derzeitige Gebühr (50 €) im Vergleich zu brandenb. Kommunen im oberen Bereich; Beispiele: Potsdam 34; Forst 15; Schönefeld 51; Oranienburg 20; Zossen 52; Teltow 46; Rangsdorf 34; Ludwigsfelde + Luckenwalde je 27	Abstimmungsergebnis: 0/6/0 -einstimmig abgelehnt Gebühr ist kostendeckend, Erschwerung des Grunderwerbs ist nicht gewollt. ⁶	FWA		6
52	135	Einbeziehung Forstwirtschaftsbetriebe	Einbeziehung Forstwirtschaftsbetriebe beim Frühjahrsputz für die Beseitigung des Mülls			Wird initiiert. ¹	HA	Das geschieht bereits jetzt.	3

¹ HA – Sitzung am 15.09.2011
² BUTA – Sitzung am 29.09.2011
³ SuK – Sitzung am 19.09.2011
⁴ BJSp – Sitzung am 06.09.2011
⁵ BJSp – Sitzung am 27.09.2011
⁶ FWA – Sitzung am 14.09.2011

Lfd. Nr	Vor-schlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Aus-wirkung in €/pol. Entsch-ei-dung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zustän-diger Fach-aus-schuss	Weitere Anmerkungen	Pun-kte
		beim Frühjahrsputz							
53	27	Schuldenfreie Gemeinde	Ziel einer schuldenfreien Gemeinde soll im Haushalt angestrebt werden.	3,7 Mio€ Per 12/2011	Alle Kredite sind derzeit langfristig gebunden; keine Neuaufnahme geplant, Schuldenfreiheit 2031	Grundsätzlich Zustimmung: Gemeinde befindet sich mit jährlichem Schuldenabbau auf gutem Weg. ⁶	FWA		22
		Straßen- und Radwege							
54	12	Straßenreparaturen	Beseitigung von Schlaglöchern und Verstärkung der Reparaturmaßnahmen an Straßen und Wegen			Wird unter Beachtung der aktuellen Rechtsprechung in einer der nächsten BUTA-Sitzungen diskutiert. ²	BUTA	Wird im BUTA thematisiert.	47
56	35	Ausbau Gehweg am Dorfanger Blankenfelde	Ausbau Gehweg am Dorfanger Blankenfelde von der Schmiede zur Kirche			Wird im Jahr 2012 bearbeitet.	BUTA		2
57	54	Anbindung Gutspark Dahlewitz an das Radwegenetz	Der Gutspark soll an das Radwegenetz und das öffentliche Straßennetz angebunden werden		Setzt Wegebau an L 402 durch LS voraus	Die L 402 ist eine Landesstraße. Der Radweg müsste also durch das Land gebaut werden. Es soll nach Möglichkeiten des Ausbaus über Gemeindestraßen gesucht werden.	HA		28
58	159	Ausbau des Fußweges zwischen Birkenstraße und Glasower Damm	Ausbau des Fußweges zw. Birkenstr. u. Glasower Damm		Ist Bestandteil des Rad-Reit- und Wanderwege-Konzeptes (RRW)	Ist Bestandteil des RRW-Konzeptes. ²	BUTA		1
59	26	Straßenbeleuchtung erweitern	Neubau Straßenbeleuchtung von Hort Berliner Damm in Richtung Friedhof in Blankenfelde			Die notwendigen Straßen sollen erfasst werden. ²	BUTA	Wird im BUTA thematisiert.	1
60	160	Erneuerung der Märkischen Promenade	Erneuerung der Märkischen Promenade			Wird bereits umgesetzt. ²	BUTA		10
61	71	Bürgersteig Jühnsdorfer Weg ausbauen	Bürgersteig Jühnsdorfer Weg soll auf der Ostseite neu ausgebaut werden		Für Abschnitt Rembrandstraße bis Dachsbau bereits vorgesehen	Ist in Planung und soll in 2012 ausgebaut werden.	BUTA		16
63	72	Ausbau Beleuchtung Fuß- und Radweg zum Lückefeld	Von der Schulstraße zum Lückefeld soll die Beleuchtung des Fuß- und Radwegs ausgebaut werden		Der Geh- und Radweg zwischen Schulstraße und Krügers Land befindet sich in der Baulast des Bundes, der nicht verpflichtet ist diesen Weg zu beleuchten. Er liegt nicht innerhalb der Ortsdurchfahrt (OD), somit existiert nach derzeitiger Kenntnis nicht mal eine Rechtsgrundlage vom Baulastträger eine Genehmigung zur Errichtung einer Versorgungsanlage (Beleuchtung) auf Kosten der Gemeinde verlangen zu können. Es sollte jedoch grundsätzlich möglich sein im beiderseitigen Einvernehmen eine Regelung zu finden, wenn die Gemeinde bereit ist, sämtliche Kosten zu tragen.	Nur die Brücke selbst ist nicht beleuchtet. Der BUTA hat hierzu bereits gesprochen und die Verwaltung mit einer Zuarbeit beauftragt. Er wird die Frage daher noch einmal thematisieren.	BUTA		6
64	125	Asphaltdecke in der Breitscheidstraße Blf.	Asphaltdecke in der Breitscheidstraße in Blankenfelde			Nur ein grundhafter Ausbau wäre möglich. ² Eine Asphaltdecke führt dazu, dass Regenrinnen am Rand belassen werden müssten (siehe Karl-Marx-Straße). Das ist nicht gewollt. Die Regenrinnen führen dazu, dass Pkw bei unvorsichtiger Fahrweise rein rutschen und Schaden nehmen können.	BUTA		18
65	73	Befestigung Weg zwischen Marienfelder Straße zum Mauerweg	Befestigung Weg zwischen Marienfelder Straße zum Mauerweg			wird geprüft. ² Siehe auch Nr. 4	BUTA		7
66	117	Fußgängerbrücke H.-Heine-Straße (Mahlow) wieder errichten	Die Fußgängerbrücke H.-Heine-Straße soll wieder errichtet werden			Der Bedarf danach ist nur sehr gering, die Kosten stehen daher in keinem Verhältnis zum Nutzen, der entstehen würde.	BUTA		3
68	120	Autofreier Zugang zur I.-Feustel-GS	Autofreier Zugang zur I.-Feustel-Grundschule			Anlieferung und Zufahrt müssen für die Schule gewährleistet bleiben. Die Thematik soll im Zuge der Konzeptentwicklung des	BUTA		18

Lfd. Nr	Vor-schlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Aus-wirkung in €/pol. Entsch-ei-dung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zustän-diger Fach-aus-schuss	Weitere Anmerkungen	Pun-kte
						Geländes Bowlingbahn jedoch berücksichtigt werden.			
69	134	Zum 3.10.1990 gewidmete Straßen nach KAG bescheiden	Straßen, die zum 3.10.1990 bereits gewidmet waren, sollen nach Kommunalem Abgaben Gesetz beschieden werden			Die Arbeitsgruppen 1 bis 3 mit einbeziehen. ¹ Die Frage des Straßenausbaus wurde in den Arbeitsgruppen des BUTA intensiv diskutiert. Hier wurde auch diese Thematik berücksichtigt.	Arbeits-gruppen 1-3 BUTA		12
		Reit- und Wanderwege							
70	110	Ausbau Reitwege	Ausbau Reitwege		Entwicklungsplanung RRW steht und wird in den nächsten Jahren umgesetzt. Im Haushaltsplan 2012 sind dafür 75.000 € eingeplant siehe Nr. 70	Im Reit-, Rad- und Wanderwegekonzept (RRW) vorhanden. ²	BUTA		5
71	138	Getrennte Reit- und Gehwege	Einrichtung getrennter Reit- und Wanderwege in den Wäldern			Eine Trennung von Reit- und Wanderwegen ist im Rad-, Reit- und Wanderwegekonzept vorgesehen und wird nach und nach umgesetzt ²	BUTA		6
		Parken/ Parksituation							
72	19	Kostenpflichtiges Parken	Parkplatz W.-Raabe-Str./K.-Liebknecht-Str. in Blf. kostenpflichtig			Die Gesamtproblematik des Parkens soll in einem gesonderten Tagesordnungspunkt im BUTA beraten und alle unter den Nummern 72 bis 79 eingebrachten Vorschläge beleuchtet werden.	BUTA		4
73	49	Parkverbot in H.-Heine-Straße Blf.	In der Heinrich-Heine Straße soll generelles Parkverbot eingerichtet werden				BUTA		5
74	50	Parkverbotszonen im Lückefeld	Im Lückefeld in Mahlow sollen Parkverbotszonen im Bereich der Ein- und Ausfahrten zu den Gewerbetreibenden eingerichtet werden.		Konzept Lückefeld in Erstellung		BUTA		10
75	101	Parkraumbewirtschaftung Bereich Bahnhof Blf.	Parkgebühren für Parkplätze im Bahnhofsumfeld erheben				BUTA		3
76	109	Erweiterung Parken am Bahnhof Mahlow	Erweiterung der Parkzone westlich des S-Bahnhofs Mahlow			Freifläche neben dem Bahnhofsgebäude z.Zt. benötigt für den Ausbau der Bahn als Abstellfläche, danach Ausbau als Parkplatz möglich. ² Derzeit wird jedoch kein akuter Bedarf mehr gesehen, da das Parkhaus in Blankenfelde die Parksituation an den Bahnhöfen entspannt hat. Siehe hierzu aber auch Nr. 72 bis 75	BUTA		14
78	121	Abschaffung Parkverbot Heckenrosenstraße	Abschaffung Parkverbot Heckenrosenstraße			Siehe hierzu Nr. 72 bis 75	BUTA		3
79	123	Abschaffung Vorgabe Parken auf dem Grünstreifen Moselstraße	Abschaffung Vorgabe Parken auf dem Grünstreifen Moselstraße				BUTA		3
		ÖPNV							
80	40	Mehr Busverbindungen	Der ÖPNV soll stärker ausgebaut und vernetzt werden.		Eine Änderung des Liniennetzes ist notwendig, sofern Bahnübergänge (insbesondere der in Blankenfelde) beseitigt wurden. Taktverdichtungen oder zusätzliche Linie bedeuten höhere Kosten für die Gemeinde (z.Z. werden 100 T€ vom Landkreis für das bestehende Netz gefordert!).	Durch den FWA wird vorgeschlagen, dass der BUTA nach der Haushaltsklausur den ÖPNV in der Gemeinde näher betrachtet. Folgende Aspekte sollten dabei besonders betrachtet werden: - Optimierung der vorhandenen Linien innerhalb der Gemeinde - Möglichkeiten des übergemeindlichen ÖPNV ⁶	HA	Wird im BUTA thematisiert. Bildung einer Unterarbeitsgruppe des BUTA zum ÖPNV Frau Hellberg sichert dem BUTA Unterstützung durch den SuK zu. Der landesweite Nahverkehrsplan wird 2013 neu erarbeitet um qualitätsvolle Arbeit leisten zu können wird die AG ÖPNV eingerichtet, die sich mit dem regionalen und überregionalen Themen beschäftigen soll.	81
		Grünflächenpflege							
82	80	Baumnachpflanzung	Es sollen mehr Straßenbäume nachgepflanzt werden		Für Baumneupflanzungen	HH-Ansatz für das Jahr 2012 ist hinsichtlich der Baumpflege	BUTA		21

¹ HA – Sitzung am 15.09.2011

² BUTA – Sitzung am 29.09.2011

³ SuK – Sitzung am 19.09.2011

⁴ BJSp – Sitzung am 06.09.2011

⁵ BJSp – Sitzung am 27.09.2011

⁶ FWA – Sitzung am 14.09.2011

Lfd. Nr	Vorschlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
		verstärken			sind die für Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen erforderlich werdenden Mittel dem jeweiligen Projekt zugeordnet. Weitere Pflanzmaßnahmen sollen nicht realisiert werden, da die Standorte im Straßenraum für Kompensationsmaßnahmen des Straßenbaus vorzuhalten sind. Für Baumpflanzungen, die als Ersatz für notwendige Fällungen von Bäumen, bei denen die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann dienen, wurde der Haushaltsansatz bei 25.000 Euro belassen. Im Sachkonto Unterhaltung bzw. Baumpflege wurde der Ansatz jedoch von 170.000 auf 210.000 € erhöht.	bereits erhöht. ²			
83	81	Verpachtung von Grünflächen an Anwohner	Grünflächen sollen an Anwohner verpachtet werden		Die Thematik wurde beraten und festgestellt, dass die Verpachtung nicht möglich ist, da die Grundstücke der öffentlichen Nutzung erhalten bleiben und die Gestaltung durch die Gemeinde geregelt werden soll. ²		BUTA		13
84	84	Grünflächenpflege verstärken	Stärkere Grünflächenpflege durch die Gemeinde			Eine wirkliche Qualitätserhöhung würde zu einer unverhältnismäßigen Kostensteigerung führen und soll daher nicht realisiert werden. Die derzeitige Pflege wird als angemessen erachtet.	BUTA		7
85	85	Renaturierung des Blankenfelder Sees	Renaturierung des Blankenfelder Sees als Erholungsfläche und Biotop mit Kofinanzierung durch den BBI			Eingriffe in das FFH Gebiet (Flora, Fauna, Habitat) sind nicht zulässig. ¹	BUTA		10
86	113	Springbrunnen am Bahnhofsvorplatz Mahlow	Springbrunnen am Bahnhofsvorplatz Mahlow			Das Blumenbeet wird durch den City-Verein und Blumen Geßner gepflegt. Das Rondell sollte die Jahreszeiten widerspiegeln und war bewusst so geplant. Der Ortsbeirat Mahlow wird gebeten, sich hierzu auch noch einmal zu positionieren. ³	OB Mahlow	Auch der Ortsbeirat Mahlow hat sich dafür ausgesprochen, dass die Gestaltung so bleibt, wie sie derzeit besteht. Ein Springbrunnen wird nicht gewünscht.	30
87	136	Öffnung Mahlower Seegraben	Öffnung Mahlower Seegraben von Brenzstr. bis Roter Dudel, Renaturierung Uferbereich		Es handelt sich bei dem angesprochenen Abschnitt um einen unterirdischen Teil des BÜL (Bewässerungsüberleiter), der ursprünglich die geklärten Abwässer aus Wassmannsdorf abgeleitet hat. Der teilweise mehrere Meter tief liegenden Graben/Verrohrung ist noch nicht abschließend einem Baulastträger zugewiesen worden, so dass z.Z. eine Änderung der bestehenden technischen Einrichtung nicht möglich ist.		BUTA		3
88	76	Freiflächen im Bereich Krügers Land als Landschaftspark	Freiflächen im Bereich Krügers Land als Landschaftspark gestalten			Die Fläche befindet sich im privaten Eigentum, daher ist eine Gestaltung durch die Gemeinde nicht zulässig. ²	BUTA		29
		Kita/ Schulen/ Jugendclubs							
89	41	Mehr Geld für Kitas	Bessere materielle und personelle Ausstattung der Kitas		(Besonders im Bereich des BJSp wurde hier die Stellungnahme zwischen Verwaltung und Fachausschuss intensiv besprochen und abgeglichen, daher sind die Spalten verbunden): Personalschlüssel ist festgelegt im Kitagesetz – Gemeinde verstärkt bereits durch freiwillige Erhöhung des Leiteranteils Kitas haben entsprechend dem KitaG einen Bildungsauftrag – unsere Einrichtungen kommen diesem bei stetig wachsender Qualität nach – Auftrag ist es, durch ihre Tätigkeit die Kinder vom ersten Tag in der Kita an auf die Schule vorzubereiten - Basis ist hier das Wissen darum wie Kinder in diesem Alter lernen. Was sind Großkita's ? Ob eine Kindertagesstätte groß oder klein ist sagt nichts über die Qualität der Arbeit aus. Eher können jedoch größere Einrichtungen den Kindern die Angebote machen, welche sie in diesem Alter zum lernen benötigen (räumliche und personelle Ausstattung). Alle Kita's verfügen seit Jahren über einen eigenen Etat und können daher beim Mitteleinsatz notwendige Prioritäten selbst bestimmen.		BJSp		34

Lfd. Nr	Vorschlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
						Die qualitative Arbeit in den Kindertagesstätten der Gemeinde begleitet eine Fachberaterin bereits seit zwei Jahren – seit 2011 mit einem Stundenanteil von 30h pro Woche – freiwillige Finanzierung durch die Gemeinde.			
90	42	Kostenlose Kita- und Hortplätze	Kostenlose Kita- und Hortplätze	1.455 T€		Kitagesetz Brandenburg sieht die Erhebung von Elternbeiträgen zur Finanzierung von Kindertragesstätten vor Da es sich um ein Landesgesetz handelt müsste hier eine Änderung initiiert werden – problematisch scheint jedoch die entstehende Finanzlücke. Kitagebühren sind sozialverträglich gestaffelt ⁶	BJSp	Es soll stärker informiert werden, was die Gemeinde insgesamt bereits in die Kindertagesstätten einbringt. (finanzielle Dimensionen).	69
91	43	Mehr Geld für Schulen	Bessere materielle Ausstattung der Schulen			Die Gemeinde investiert seit Jahren erhebliche finanzielle Mittel und hat ihre Schulen zu qualitativ hochwertigen Bildungsstandorten ertüchtigt. (Beispiele: Sanierung OS Dahlewitz, Sporthallenbau Dahlewitz, Umbau Schulgebäude Fliederweg – weitere Maßnahmen stehen an.) Unterhaltung und Ausstattung wird in Abstimmung mit den Schulleitern regelmäßig finanziert. Als besonderes Qualitätsmerkmal ist die Budgethoheit der Schulen eingerichtet worden. Daher ist der Weg für gewünschte Ausstattungsmaterialien über die Schule zu gehen. Die Wünsche der Schulen werden u.a. in der Schulkonferenz beschlossen. Es sind keine großen nicht erfüllten Forderungen der Schulen bekannt. ⁵	BJSp		110
92	44	Kitas an freie Träger geben	Kitas sollen an freie Träger gegeben werden			Die Gemeinde verfügt über zwei Kitas in freier Trägerschaft. Bisher verfolgt die Gemeinde das Ziel eine Konzeptvielfalt unter einem Träger zu erreichen. Die Finanzierung von Kitas in freier Trägerschaft erfolgt auch wesentlich durch die Gemeinde. siehe Nr. 89 ⁵	BJSp		49
93	57	Gruppenarbeit in Kitas	In Kitas soll wieder stärker in Gruppenarbeit gearbeitet werden.			Die Fachteams in den Einrichtungen entwickeln ihre Konzepte unter Einhaltung der vorgeschriebenen Qualitätsmerkmale auf der Grundlage fachlicher Erkenntnisse. Die daraus resultierenden Organisationsformen ergeben sich aus dieser fachlichen Arbeit. Verstärkt ist hier offensichtlich Elternarbeit notwendig, um deutlich zu machen, warum moderne Kindertagesstätten immer mehr zur Öffnung neigen. Der Personalschlüssel ist in allen Organisationsformen gleich. siehe Nr. 89. ⁵	BJSp		92
94	67	Erhöhung Sicherheit W.-Busch-GS	Sicherheitstür installieren				BJSp		6
95	68	Wegbegleitung Kinder von Schule zum Hort	Kinder der W.-Busch-GS sollen von der Schule zum Hort begleitet werden.			Die 1. Klassen werden bis zu den Herbstferien durch die Erzieher des Hortes befähigt den Weg in Gruppen ohne Betreuer zurückzulegen. Dies ist ein Entgegenkommen und lt. Aussage der Horte auch ausreichend.	BJSp		11
96	69	Umzäunung Hort Waldgeister	Verstärkte Umzäunung des Hortes Waldgeister			Ein Zaun ist im Wald generell nicht möglich. Die Genehmigung ist nur unter der Voraussetzung erfolgt, dass eine natürliche Einfriedungen gewählt wird.	BJSp		1
97	104	Einrichtung kostenloser Jugendclubs in Mahlow	Einrichtung kostenloser Jugendclubs in Mahlow			Das Teamjugendarbeit der Gemeinde beschäftigt sich intensiv mit dieser Thematik	BJSp		25
98	112	Vorschulunterricht an Grundschulen	Vorschulunterricht an Grundschulen anbieten			Aus fachlicher Sicht nicht zu befürworten. Gesetzlich ist Vorschule in Brandenburg nicht vorgesehen	BJSp		18
99	147	Einstellung eines Streetworkers	Einsatz eines Streetworkers um Jugendliche sinnvoll zu beschäftigen			Auch ein Streetworker kann keine Jugendlichen auf der Straße „disziplinieren“	BJSp		23
100	149	Budget zur Kofinanzierung von Förderprogrammen	Budget zur Kofinanzierung von Förderprogrammen und –projekten, die von gemeinnützigen Vereinen beantragt werden können			Bei entsprechenden Anträgen ist es in der Vergangenheit nie an der Cofinanzierung gescheitert. Die Höhe dieser Summe ist unklar. Es kann nicht losgelöst von Projekten eine Einstellung von Mitteln in den Haushalt erfolgen. Bislang liegen keine Projekte vor. Geld in den Haushalt einzustellen, ohne zu planen, was davon finanziert werden soll, erscheint nicht sinnvoll	BJSp		9
101	165	Übernahme Kita- und Schulspeisung durch Gemeinde	Übernahme Kita- und Schulspeisung durch die Gemeinde			In Kitas wird die Versorgung durch die Gemeinde durchgeführt, in Schulen steht der personelle und logistische Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen – nicht originäre Aufgabe	BJSp		34
		Seniorenarbeit/							
102	45	Gebäude ehem. Kita Wirbelwind für Begegnungsstätte umwidmen	Das Gebäude der Kita Wirbelwind soll als Begegnungsstätte für Senioren und Kranke umgewidmet werden.			Der Ausschuss sieht einen großen Bedarf an Räumen für Senioren im Ortsteil Blankenfelde. Das Gebäude ist aber stark sanierungsbedürftig, daher zieht die Kita aus. Der Ausschuss bittet darum, eine Info darüber zu erhalten, welche Gruppen bereits Bedarf angemeldet haben. ³	SuK		16

Lfd. Nr.	Vorschlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
103	153	Unterstützung von Demenzgruppen	Unterstützung von Demenzgruppen			Diese Arbeit läuft über Vereine, freie Träger und Pflegeeinrichtungen. Diese sind nicht auf die Gemeinde angewiesen. Ehrenamtliche Arbeit ist auch dort möglich. ³	SuK		15
104	75	Seniorenwohnen in Blankenfelde	Seniorenwohnen in Blankenfelde, Rembrandtstraße (wie in Ludwigsfelde) schaffen		Möglichkeiten für barrierefreies Wohnen in der Karl-Liebknecht-Straße Blankenfelde werden geprüft, Zielkonflikt mit Stellplatzbedarf ist zu lösen	Die WOBAB hat hier im Rahmen der Gespräche deutlich gemacht, dass der Umbau nicht möglich ist. Der Vorschlag wird jedoch auch noch einmal an die WOBAB gegeben und um Stellungnahme gebeten. ³ In der Sitzung am 15.12.2011 hat die Gemeindevertretung entschieden, das freie Gelände im Bereich der Karl-Liebknecht-Straße der WOBAB einzubringen, damit diese dort Seniorenwohnungen errichtet.	SuK		34
Infrastruktur									
105	52	Wochenmarkt in Blf.	Einrichtung Wochenmarkt in Blankenfelde			Zu diesem Vorschlag soll der OB Blankenfelde gehört werden ⁶	OB Blf.		21
106	11	Keine weiteren Lebensmittelmärkte	Es sollen keine weiteren Lebensmittelmärkte in Mahlow angesiedelt werden			Derzeit ist nicht bekannt, dass weitere Lebensmittelmärkte geplant sind. siehe auch Nr. 115	OB M		11
107	74	Fußgängerzone Mahlow Zentrum	Mahlow Zentrum soll in einzelnen Straßenbereichen zur Fußgängerzone ausgebaut werden.			Es wird kein Bedarf an einer Fußgängerzone im Zentrum Mahlow gesehen. Die Bürgersteige sind hier sehr breit. Die derzeitigen Parkmöglichkeiten werden benötigt und müssten an anderer Stelle erstellt werden. Es steht zu befürchten, dass die Gewerbetreibenden Umsatzeinbußen zu verzeichnen hätten, wenn eine Fußgängerzone bestünde.	BUTA		2
108	53	Biomarkt in Blf.	Einrichtung eines Biomarktes in Blf.			Die Gemeinde hat keinen Einfluss darauf, welche Märkte sich bei uns ansiedeln wollen. Zu diesem Vorschlag soll der OB Blankenfelde gehört werden ⁶	OB Blf.		14
109	83	Verschönerung Ortsbild	Planmäßige Verschönerung des Ortsbildes, Ortsentwicklungs- und Gestaltungsplan, Gestaltungsvorschläge für Bürger, gärtnerische Gestaltung Märkische Promenade			In Blankenfelde ist der B 21 – Zentrumgestaltung in Arbeit (Rathausbau), das Bauprogramm für die Märkische Promenade liegt vor. Die Ortsbeiräte sind ständig bemüht, das Erscheinungsbild ihres Ortsteils zu verschönern.	SuK		8
110	92	Barrierefreie u. behindertengerechte Zugänge an öffentlichen Orten	Barrierefreie u. behindertengerechte Zugänge an öffentlichen Orten			Die Barrierefreiheit wird bei jeder Baumaßnahme der Gemeinde beachtet und ist gesetzlich vorgeschrieben. ² Die Gemeinde hat jedoch keinen Einfluss auf private Baumaßnahmen.	SuK		19
111	97	Touristische Wegelenkung, Tourismusbüro	Schaffung touristischer Wegelenkung in der Gemeinde und Ausbau eines Tourismusbüros			Die Gemeinde ist nicht touristisch geprägt. Durch den Infopunkt im Bürgerservice wird der bestehende Bedarf gut abgedeckt. ³ Das Rad-, Reit- und Wanderkonzept wird weiter ausgebaut und beschildert. Dafür sind 75000€ im Haushalt 2012 eingestellt.	SuK		17
112	102	Gestaltung Bahnhof Blankenfelde	Gestaltung des Bahnhofsumfeldes mit Gastronomie und Fahrradstation			Wird im Rahmen B21 entschieden. ²	BUTA		9
113	137	Öffentliche Toiletten	Errichtung öffentlicher Toiletten in Blf. am Bahnhof und Zossener Damm/Dorfstraße			Öffentliche Toiletten im Bereich des Bahnhofs sind bei den Kiosken des Parkhauses geschaffen worden.	BUTA		61
114	86	Gestaltung Kasernengelände	Das Kasernengelände soll gestaltet, Ruinen abgerissen und versiegelte Flächen renaturiert werden		Entwicklungsplanung befindet sich in der Erarbeitung. Gestaltung setzt Flächenverfügbarkeit voraus.	Entwicklungsplanung befindet sich in der Erarbeitung. Gestaltung setzt Flächenverfügbarkeit voraus. ²	HA		38
115	131	Lebensmittelmarkt in Mahlow Nord schaffen	Lebensmittelmarkt in Mahlow Nord schaffen			Der Vorschlag soll an die AG Mahlow Nord weitergereicht werden. ⁶ Letztlich hat die Gemeinde keinen Einfluss darauf, welche Unternehmen sich ansiedeln wollen. Derzeit ist keine Planung bekannt. siehe auch Nr. 106	BUTA; AG Mahlow Nord		19
116	152	Stärkung Einkaufssituation im Bereich Trebbiner Str./ Bahnhofstr. In Mahlow	Stärkung der Einkaufssituation in Mahlow Zentrum			Zu diesem Vorschlag soll der OB Mahlow gehört werden. ⁶ Dieser wird sich mit den Gewerbetreibenden zu einem Einzelhandelskonzept verständigen.	OB Mahlow		16

Lfd. Nr.	Vorschlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Auswirkung in €/pol. Entscheidung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zuständiger Fachausschuss	Weitere Anmerkungen	Punkte
		Flughafen							
117	87	Weitergehende Flughafenberatung	Unterstützung der Bürger bei Ansprüchen gegenüber der FBS			Abstimmungsergebnis: 4/0/0 -einstimmig zugestimmt⁷	FHA	Es gibt bereits eine Flughafenberatung in Mahlow in der A.-Böcklin-Straße	19
118	88	Lärmaktionsplan erstellen	Für die Gemeinde soll ein Lärmaktionsplan erstellt und umgesetzt werden.		Verpflichtung hierzu besteht bereits; sofern die notwendigen Erhebungen durchgeführt wurden und die Daten der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, ist in 2013 ein Lärmaktionsplan zu erstellen	Verpflichtung hierzu besteht bereits; sofern die notwendigen Erhebungen durchgeführt wurden und die Daten der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, ist in 2013 ein Lärmaktionsplan zu erstellen. ² Es soll so schnell wie möglich ein Lärmaktionsplan für die Gemeinde aufgestellt werden. Abstimmungsergebnis: 4/0/0 -einstimmig zugestimmt⁷	FHA	Die Gemeinde arbeitet an diesem Thema. Es fehlen noch Zuarbeiten zum Lärm von Schiene und Straße.	33
119	89	Umsiedlung Blankenfelde	Der Ort Blankenfelde soll umgesiedelt werden			die Verwaltung soll überschlägig ermitteln, wie hoch die Kosten für eine Umsiedlung aller vom BBI-Fluglärm betroffenen Ortslagen wären. Abstimmungsergebnis: 4/0/0 -einstimmig zugestimmt⁷	FHA/HA	Der Hauptausschuss hat diese Empfehlung des FHA nicht bestätigt: Zu den sensiblen Einrichtungen hat die Gemeinde einen Grundsatzbeschluss gefasst. Damit hat die Gemeindevertretung entschieden die Gemeinde an diesem Standort zu erhalten. Ein Absiedlungsbegehren aus taktischen Gründen ist vor dem Hintergrund des Kampfes um bestmögliche Schallschutzmaßnahmen und Ausgleichsmaßnahmen kontraproduktiv. Daher wurde der Auftrag des FHA durch den HA nicht bestätigt. Unbenommen bleibt, dass die Gemeinde sich vorbehält zu einem späteren Zeitpunkt Absiedlungs- oder Umsiedlungsbegehren für schwerstbetroffene Teilbereiche oder sogar die ganze Gemeinde zu stellen.	74
		Sonstiges							
120	56	Hundehalterungen am Verwaltungsgebäude	Hundeparkplatz als Festbindeplatz soll vor dem Verwaltungsgebäude geschaffen werden		Ist bereits umgesetzt	ist vorhanden. ¹	HA		3
121	164	Vereinheitlichung der Schaukästen	Die Schaukästen der Parteien sollen verschönert und einheitlich gestaltet werden			Gemeindeeigene Schaukästen sind einheitlich. Die Parteien verfügen über eigene Schaukästen auf deren Gestaltung die Gemeinde keinen Einfluss nehmen kann. ¹	HA		1
122	91	Vereinshaus Mahlow stärker für die Bürger nutzbar machen	Vereinshaus Mahlow stärker für die Bürger nutzbar machen, und keine Koppelung der Nutzung an Caterer			Durch private Verträge gebunden, es gibt klare Bedingungen für die Nutzung. ¹ Es gibt in der Gemeinde jedoch andere öffentliche Einrichtungen ohne Koppelung an Caterer, die von Bürgern genutzt werden können.	SuK		12
123	106	Newsletter der Gemeinde über Internet	Newsletter der Gemeinde über Internet für amtliche Bekanntmachungen einrichten			Die Möglichkeiten sollen eruiert werden. Mit einem Newsletter für das Amtsblatt soll begonnen und Bedarf ermittelt werden.	HA		11
124	115	Stärkere Unterstützung Bibliotheken	Stärkere Unterstützung Bibliotheken		Medienetat ab 2012 wieder um 8.500 € angehoben	Medienetat ab 2012 wieder um 8.500 € angehoben ⁵	BJSp		50
125	116	Stärkere Unterstützung des Planetariums	Stärkere Unterstützung des Planetariums		Ideelle und materielle Unterstützung seit Jahren	Kosten für Terrasse als Aussichtspunkt sind bereits			1

¹ HA – Sitzung am 15.09.2011

² BUTA – Sitzung am 29.09.2011

³ SuK – Sitzung am 19.09.2011

⁴ BJSp – Sitzung am 06.09.2011

⁵ BJSp – Sitzung am 27.09.2011

⁶ FWA – Sitzung am 14.09.2011

⁷ FHA – Sitzung am 02.11.2011

Lfd. Nr	Vor-schlag. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Inhalt Vorschlag	Aus-wirkung in €/pol. Entschei-dung	Anmerkungen der Verwaltung	Empfehlung des Fachausschusses	Zustän-diger Fach-aus-schuss	Weitere Anmerkungen	Pun-kte
					gegeben	genehmigt. ⁵ Diese Position liegt in der Zuständigkeit des BJSp, daher von dort die Empfehlungen. ⁶	BJSp		
126	130	Ausschilderung Grenzstreifen	Ausschilderung Grenzstreifen als historisches Mahnmal			Der Grenzstreifen wird einheitlich vom Verein Teltower Platte und der Stiftung Berliner Mauer immer weiter ausgebaut und gepflegt. Die Ausschilderung von der Gemeinde zum Grenzstreifen wird geprüft, noch einmal beraten und ggf. besser vorgenommen. Finanzierung aus dem Etat Rad- und Wanderkonzept. ³	SuK/HA		3
127	7	Hundesteuermarke für jedes Jahr kostenlos neu	Die Gemeinde gibt für jeden Hundebesitzer jedes Jahr eine neue Marke kostenlos aus		Hundesteuermarken werden i.d.R. nur einmalig zugestellt/ ausgegeben. Die jährlichen ca. 13.000 Abgabenbescheide werden am Jahresanfang versandt, zu denen dann die ca. 2.540 Marken zugeordnet und registriert werden müssten. Dies würde einen sehr hohen Verwaltungsaufwand erfordern (Zuordnung, Erfassung, manu. Sortierung und Kuvertierung), der neben den jährlichen Markenkosten (ca. 500 €) als Personalaufwand anfallen würde. <u>Abgenützte Steuermarken können bereits jetzt jederzeit kostenlos umgetauscht werden.</u>	Abstimmungsergebnis: 0/5/0 -einstimmig abgelehnt Kostenloser Umtausch von beschädigten Marken ist jederzeit schon jetzt möglich. Ein kostenloser Versand neuer Hundesteuermarken jährlich, wäre mit einem nicht unerheblichen Kostenaufwand verbunden. ⁶	FWA		1
129	168	Stärkung des Umweltbewusstseins	In kommunalen Medien (Amtsblatt, Schaukästen) soll vermehrt auf Umweltschutz und Möglichkeiten hingewiesen werden.			Als Grüne Gemeinde bemühen wir uns schon jetzt um ein umweltbewusstes Verhalten. Für Hinweise und Anregungen, welche Infos gegeben werden können sind wir dankbar.	HA		2

¹ HA – Sitzung am 15.09.2011

² BUTA – Sitzung am 29.09.2011

³ SuK – Sitzung am 19.09.2011

⁴ BJSp – Sitzung am 06.09.2011

⁵ BJSp – Sitzung am 27.09.2011

⁶ FWA – Sitzung am 14.09.2011

⁷ FHA – Sitzung am 02.11.2011